



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/84

20. Juli 1949

Beschämendes Zusammenspiel

sp. Die eigentliche Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre wird zwischen der SPD und CDU fallen. Für die in so zahlreiche Interessengruppen aufgespaltene CDU ergeben sich zwei vordringliche Notwendigkeiten: eine günstige propagandistische Ausgangsstellung und die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für den Wahlkampf. Das sind für jede Partei in dieser Zeit wichtige Überlegungen, entscheidend freilich ist die Art, wie man damit fertig wird.

Im ersten Punkt bewegt man sich bei der CDU auf zwei Gleisen: Man tritt für die, man muss schon sagen freibeuterische Wirtschaftspolitik Professor Erhards ein (und zwar tun das auch Männer der Richtung des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Dr. Gereke, wenn bei ihnen freilich die Begleitmusik einer sozialverpflichteten Rhetorik etwas lauter ist) und man forciert den Kulturkampf. Der tut keinen Unternehmer weh, ist aber vorzüglich zur reichlichen Verwendung von Begriffen und Schlagworten geeignet, die den Verstand verwirren und das Gefühl erwärmen (man denke nur an das Elternrecht) - die rechte Kost, so wird leider allzu oft spekuliert, für den "kleinen Mann".

Der Kampf an diesem Frontabschnitt ist ausserdem dazu angetan, die Aufmerksamkeit von den vielen höchst peinlichen Begleiterscheinungen der Erhardschen Wirtschaftspolitik abzulenken. In dieser Hinsicht wird überhaupt mancher bittere Spass getrieben, so neuerdings die Auswechslung des negativen Begriffes Arbeitslosigkeit durch den positiven Begriff Vollbeschäftigung, eine Anleihe bei dem seligen Keynes, der an diesem Taschenspielerstückchen seine boshafte Freude gehabt hätte. Im übrigen ist es wirklich nur folgerichtig, wenn der Verkündung und Verwirklichung des ökonomischen Rückschritts die kulturelle Reaktion entspricht. Herr Hundhammer ist ja im Rahmen der CDU/CSU kein Anachronismus, sondern nur ein etwas extrem geratenes Symptom. Soweit die beiden wichtigsten Ausgangsstellungen der CDU, nur roh in ihren Umrissen skizziert.

Die zweite dringende Notwendigkeit ist die, ausreichende Mittel für den Wahlkampf zu gewinnen. Der Weg, den die CDU dabei geht, ist eindeutig: Millionenbeträge haben die Unternehmerverbände gesammelt, die vornehmlich der CDU zur Verfügung gestellt wurden oder werden sollen. Die Gewährung dieser Beträge ist selbstverständlich an

bestimmte Bedingungen geknüpft, und es ist überflüssig, sie im einzelnen aufzuführen - die Bekräftigungen aus allen Teilen der CDU, die Frankfurter Politik "mit allen ihren Konsequenzen" fortzuführen, sind nichts anderes, als die Quittung für die hochherzige Spende. Wenn der Landesverband der CDU in Hannover seinen Parteitag in der stickigen Luft des Bahnhofsbunkers abhielt und man versicherte, die Wahl dieses billigen Lokals zeige, wie sehr zu Unrecht man der CDU vorwürfe, sie sei eine Besitzbürgerpartei, so wird auch Herr Gereke von der Beweiskraft dieses Scherzes wenig überzeugt gewesen sein.

Die Sprecher der CDU halten es für geschmackvoll, für sich selbst das Monopol auf christliche Gesinnung und Haltung zu beanspruchen. Wir erinnern uns aus eigenem Erleben noch sehr genau der Gespräche führender Vertreter der evangelischen Kirche der Westzonen und der Sozialdemokratie in Detmold, in der die Männer der Kirche unumwunden den schweren Fehler der Vergangenheit zugestanden, dass die Kirche sehr einseitig und höchst unklug Partei für die gut oder besser situierten Schichten der Bevölkerung und ihrer politischen Vertretungskörperschaften genommen habe und dass das unter so radikal veränderten Umständen wie den heutigen und aus sittlicher Verpflichtung anders werden müsse. Es fielen bei dieser Gelegenheit von fast allen Vertretern der Kirche sehr harte Worte gerade auch gegen die Führung der CDU.

Sind die Sprecher der CDU wirklich der Ansicht, dass die Flüchtlinge und Arbeitslosen, die Massen der wirtschaftlich Schwachen und Bedürftigen in diesem Bündnis mit den Gegenspielern von Armut und Not einen besonders beredten Ausdruck tätigen Christentums sehen? Und glaubt die Kirche wirklich, einen besonders überzeugenden Beweis lebendigen Verbundenseins mit ihren eigenen sittlichen Postulaten dadurch zu geben, dass sie sich für diese Partei und ihre finanzkräftigen Hintermänner einsetzt? Fragen, auf die man die Antwort ihr selbst und allen denen überlassen muss, die dieses beschämende Zusammenspiel täglich beobachten.

- - - - -

Das Parteiwesen in den USA

Von Gerhart H. Seger, New York

Da die deutschen Parteien in den Westzonen vor dem ersten Wahlkampf für das Bundesparlament der zweiten deutschen Republik stehen, ist es vielleicht für den deutschen Leser von Interesse, die so ganz anderen Verhältnisse im Parteiwesen der Vereinigten Staaten kennenzulernen.

Die USA haben, wie England und Kanada, das Zweiparteiensystem; die beiden grossen Parteien sind die Demokraten und die Republikaner. Alle anderen spielen eine völlig untergeordnete Rolle.

In zwei sehr wesentlichen Punkten unterscheidet sich das Parteiwesen in den USA von allen europäischen Ländern. Die beiden grossen amerikanischen Parteien kennen zunächst einmal keine Parteimitgliedschaft; man kann, als Mitglied einer Parteiorganisation, weder Demokrat, noch Republikaner sein. Die Zugehörigkeit zu einer der beiden Parteien beschränkt sich lediglich auf die entsprechende Eintragung in die Wählerlisten; man trägt sich als Wähler in die amtlichen Listen als Demokrat oder Republikaner ein; wie man dann wählt, ist jedermanns Sache, und in der Tat zählen die unabhängigen Wähler, die den Mann und nicht die Partei wählen, nach Millionen.

Die Parteiorganisation besteht aus dem Landespartei Vorstand, der Nationalkomitee heisst und vorwiegend aus hauptamtlich angestellten Funktionären. Dem Vorstand gehört jeweils ein Mitglied aus jedem der 48 Staaten ehrenamtlich an. Für jeden Staat gibt es einen Vorstand oder ein Komitee der beiden Parteien, die ebenfalls hauptamtlich angestellte Funktionäre haben. Die Körperschaften treten, von gelegentlichen parteiamtlichen Erklärungen abgesehen, nur in die Erscheinung, wenn sie den Wahlkampf organisieren.

Infolgedessen vollzieht sich auch die Kandidatenaufstellung in Amerika völlig anders, als in europäischen Ländern. Es gibt hier die sogenannten Primärwahlen, d.h. die Vorwahlen für die Auswahl eines Kandidaten für einen Abgeordnetensitz. Zwei, drei oder mehr Demokraten z.B. können von sich aus erklären, sie wünschten für den Sitz des Abgeordneten für den 12. Wahlbezirk im Staate New York zu kandidieren; dann entscheiden die bei der Partei eingetragenen Wähler selber in einer richtigen Wahl, wer der Kandidat der Partei sein soll, der dann auf der offiziellen Wahlliste als solcher erscheint. Aber selbst dann haben die Wähler bei der Hauptwahl noch immer die Möglichkeit, die Kandidatenaufstellung der Partei abzulehnen; es gibt das sogenannte "write-in-vote", d.h., jemand kann den Namen einer anderen Person, die vielleicht bei den Primärwahlen durchgefallen ist, in den Stimmzettel eintragen, und das ist eine genau so gültige Stimme, wie die für den offiziellen Kandidaten abgegebene.

In den Südstaaten hat dies eine andere Bedeutung, als im Norden und Westen des Landes. Im Süden herrscht die demokratische Partei so

stark vor, dass abgesehen von einigen Wahlbezirken, z.B. in Texas, Kentucky und Tennessee die Republikaner gar nicht erst Kandidaten aufstellen; es werden doch nur Demokraten gewählt. Infolgedessen gewinnt die Primärwahl eine erhöhte Bedeutung; die Vorwahl für die Kandidatenaufstellung bringt eine Anzahl von möglichen Kandidaten vor die eingetragene Wählerschaft, und der Wahlkampf für die Vorwahl ist in diesen rein demokratischen Staaten ebenso interessant und oft leidenschaftlicher wie der für die Hauptwahl. In diesen Staaten ist dann die Hauptwahl nur mehr eine Formsache.

Das lockere Gefüge der amerikanischen Parteien lässt infolgedessen auch nicht die Entstehung dessen zu, was man in den europäischen Ländern als Parteidisziplin kennt. Niemand, von zahlenmässig wenigen Ausnahmen abgesehen, betrachtet sich als so eingefleischter Demokrat oder Republikaner, dass er sich in allem und jedem an die Entscheidungen der Parteikörperschaft gebunden fühlte. Da es keine Mitgliedschaft bei einer Partei gibt, gibt es natürlich auch keinen Ausschluss. Die Abgeordneten sind in ihren Abstimmungen völlig frei, es ist sogar die immer wiederholte Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden einer Partei, unter den Abgeordneten regelrecht dafür zu werben, dass sie mit den übrigen Fraktionskollegen zusammenstimmen. Keine der beiden amerikanischen Parteien ist eine so weltanschaulich gebundene Organisation, wie es die europäischen Parteien sind; für die amerikanische politische Welt sind Parteien lediglich Mittel zum Zweck, organisatorische Hilfsmittel, um politische Ideen in die gesetzgeberische Wirklichkeit umzusetzen. Aus dem gleichen Grunde gibt es in Amerika auch keine partei-gebundene Presse; alle Zeitungen, selbst die, die im allgemeinen die Politik der einen oder anderen Partei vertreten, tun dies unabhängig von den Parteikörperschaften. Sie behalten sich vor, in jedem einzelnen Falle eine Parteimassnahme oder Vorlage zu unterstützen oder abzulehnen. Auf der anderen Seite sind die Zeitungen dann auch viel grosszügiger in der Berichterstattung; sie geben wieder, was Abgeordnete beider Parteien zu sagen haben und beschneiden nicht den gegnerischen Abgeordneten im Parlamentsbericht zugunsten des eigenen.

Der Verfasser dieser Zeilen möchte annehmen, dass diese, wenn auch sehr gedrängte, Darstellung vielleicht manchen deutschen Leser erklärt, warum ein unter den völlig anders gearteten politischen Verhältnissen Amerikas aufgewachsener Mensch es sehr schwer hat, sich in das europäische Parteiwesen hineinzufinden.

Schwarz - rotes Benzin. (sp.) Mit Rücksicht auf den Fünfjahresplan werden für private Zwecke in der Tschechoslowakei nur ganz geringe Benzinnengen abgezweigt. Um Missbrauch zu unterbinden, ist das Fünfjahresplan-Benzin rot gefärbt. Bei einer kürzlich an den Prager Ausfallstrasse durchgeführten Autorazzia wurden massenhaft Benzinsünder bestraft, die das schwarz gekaufte rote Benzin entfärbt hatten, ohne zu ahnen, dass dies bei der chemischen Kontrolle trotzdem noch erkennbar ist.

(b/B.81/1/207/hs)

Erhards Spekulation auf Vergesslichkeit

sp. Professor Erhard ist bekanntlich der Ansicht, dass jedes Paar Schuhe, das nach dem 20. Juni 1948 gekauft werden konnte, auf das Verdienstkonto der CDU geht - eine These, die auch durch ihre ewige Wiederholung nicht an Überzeugungskraft gewinnt. Mit der ihm eigenen souveränen Nichtachtung tatsächlicher Zusammenhänge will er der CDU die Vorteile gutschreiben, die auf die Schaffung stabileren guten Geldes und auf die enorme Unterstützung von ausserhalb der deutschen Grenzen zurückgehen, obwohl er natürlich weiss, dass die CDU weder mit dem einen, noch mit dem anderen etwas zu tun hat.

Wie sehr er in Zeiten des schlechten Geldes selbst von der Unerlässlichkeit einer Bewirtschaftung überzeugt war, die wenigstens den kaufschwachen Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Sicherheit geben sollte, zeigt die Tagesordnung für die siebente Besprechung der Wirtschaftsminister der Bizone am 19.3.1948 in Frankfurt-Höchst, der ersten Sitzung Erhards mit den Wirtschaftsministern, in der er nichts anderes vorzuschlagen wusste, als 12 Wirtschaftsverordnungen: über die Bewirtschaftung von Spinnstoffen, Gespinsten und Spinnstoffwaren, von Holz und Waren aus Holz, von Eisen, Zellstoff, Papier, eine Anordnung über den Verkehr mit Häuten und Fellen und die Erzeugung von Leder, mit Roh- und Hilfsstoffen der Ledererzeugung, über Schuhbewirtschaftung, Bewirtschaftung von Lederartikeln, über die Absatz- und Verbrauchsregelung von Zündhölzern, über die Bewirtschaftung von Landmaschinen und landwirtschaftlichen Geräten und die von Schrott.

Es ist wirklich ein billiger Trick, so zu tun, als ob er, Erhard, nachdem zufällig und absolut ohne sein oder seiner Freunde Zutun die Währungsreform in seine Amtszeit fiel, die dadurch gestiegenen Kaufmöglichkeiten seiner weisen Voraussicht gutschreiben seien. Auf dieser verlogenen Behauptung basiert ein gut Teil der Erhardschen Erfolgspropaganda. Die ausserordentlich schädhaften Begleiterscheinungen dieser Entwicklung aber, wie vor allem die unsoziale Preisentwicklung, die ganz klar auf das Schuldkonto der Verwaltung für Wirtschaft fallen, bemüht man sich, auf unkontrollierbare Einwirkungen abzuschieben.

Auf diese Linie einer höchst unaufrichtigen Politik gehört auch die Stellungnahme Erhards zum Demontageproblem, die man sich gerade heute in der Hochflut der christlich-demokratischen Agitation einmal in die Erinnerung zurückrufen sollte. Im April dieses Jahres teilte der Vorsitzende des Aussenpolitischen Senatsausschusses in den USA, Vandenberg, mit, der Kongress werde zum gegebenen Zeitpunkt die ständige Verwaltungsbehörde für das ERP auffordern, Aussenminister Marshall um die Einstellung der Demontagen aller derjenigen westdeutschen Industriewerke zu ersuchen, die einen Beitrag zum ERP leisten könnten.

Am gleichen Tage aber erklärte Professor Erhard auf einer Pressekonferenz in Frankfurt, zwischen dem Demontageproblem und dem ERP würde sich kein Konflikt ergeben, da eine volle Ausnutzung der in-

dustriellen Kapazität in den Westzonen für die nächste Zeit ohnehin nicht möglich sei - praktisch also ein Placet für die Demontage. Das war die Handlungsweise des prominentesten Wirtschaftsexperten der CDU, einer Partei, die es jetzt unternimmt, die neuerlichen sozialdemokratischen Vorstöße zur Inhibierung oder Milderung der Demontage wegwerfend als "reichlich spät" zu behandeln, obwohl sie weiss, dass die SPD schon zu einer Zeit auf den verschiedensten Wegen dieser unheilvollen Politik zu steuern versuchte, als Herr Erhard nicht nur nichts gegen die Demontage unternahm, sondern vor aller Öffentlichkeit ihre Belanglosigkeit unterstrich. Sowohl sein seinerzeitiges Eintreten für die Bewirtschaftung, als auch seine Gleichgültigkeit gegenüber der Demontage sind Vorgänge, von denen er offenbar hofft, dass sie inzwischen der allgemeinen Vergessenheit anheimgefallen sind.

(m/1/207/hs)

Vor den letzten drei Wochen

sp. Am Beginn der dritten Woche vor den Wahlen zum Bundestag setzt die Hauptwerbetätigkeit der Parteien ein. Die kraftvolle Organisation der deutschen Sozialdemokratie, von ihren Gegnern viel beneidet, hat gute Vorarbeit geleistet. In diesen Tagen beginnen die bekanntesten Persönlichkeiten der Partei ihre grossen Wahlversammlungen abzuhalten, weit über ihren unmittelbaren Arbeitsbereich hinaus.

So werden noch im Juli sprechen:

Dr. Kurt Schumacher in mindestens sechs Versammlungen (und zwar am 22. in Hannover, am 23. in Koblenz, am 24. in Köln, am 25. in Mainz, am 30. in Hamburg, am 31. in Wilhelmshaven), der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, zweimal (und zwar am 22. in Offenbach und am 23. in Gandersheim und Seesen/Harz), Professor Carlo Schmid in vier Versammlungen (und zwar am 22. in Tübingen, am 23. in Freiburg, am 25. in Stuttgart und am 27. in Bamberg), der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Nölting, in zwei Versammlungen (und zwar am 22. in Butzbach in Oberhessen und am 26. in Bremen).

Ausserdem werden Versammlungen abhalten der Vertreter des Parteivorstandes in Berlin, Willy Brandt, am 23. bzw. 24. in Rendsburg, Fritz Heussler am 23. in Dortmund, der hessische Ministerpräsident Stock am 22. in Darmstadt und am gleichen Tage der hessische Justizminister August Zinn in Kassel. - Diese Aufstellung ist nicht vollständig, sie zeigt aber den Grad der Intensität des Wahlkampfes auf sozialdemokratischer Seite. Insgesamt sind zentral 142 Referenten eingesetzt, im wesentlichen die Mitglieder des Parteivorstandes, der Bezirksvorstände und weitere Funktionäre der Partei, Ministerpräsidenten und Staatsmänner in den Ländern, Oberbürgermeister und Bürgermeister, Mitglieder der Fraktionen im Frankfurter Wirtschaftsrat, im ehemaligen Parlamentarischen Rat und in den Landtagen. (m/1/207/hs)

Die "freie" Volkskongresswahl

Auf die von den sowjethörigen Ostzonenpolitikern und Zeitungen so oft rühmend hervorgehobene angebliche demokratische Freiheit bei den Wahlen zum "Dritten deutschen Volkskongress" wirft ein Rundschreiben der "Deutschen Verwaltung des Innern in der sowjetischen Besatzungszone - Abteilung K 5" vom 30. Mai 1949 ein bezeichnendes Licht. Das Rundschreiben liegt uns vor.

Verteiler: Alle Bezirke K 5 der SBZ

Betr.: Personen, die im Zuge der Durchführung der Wahl zum Dritten Volkskongress festgenommen wurden.

Darin heisst es u.a.:

"Um bei der Behandlung der im Zuge der Durchführung der Wahl festgenommenen Personen zu einem einheitlichen Verfahren für die gesamte Zone zu gelangen, wird folgende Anweisung gegeben:

Handelt es sich dabei um Personen, die durch Erfindung oder Verbreitung tendenziöser Gerüchte in Wort oder Schrift die Durchführung der Wahl stören wollten, so ist eine Anklage gemäss Befehl 201, Dir. 38, Art. 3 & III gegen die Betreffenden zu erheben. Dazu gehören auch die Personen, die Flugblätter westdeutscher Parteien, in denen der demokratische Aufbau der Ostzone in Misskredit gebracht wurde, verbreitet haben.

Bei der Einleitung eines Verfahrens nach § 3, § III oder der Anzeigeerstattung wegen Unfugs ist es von Wichtigkeit, dass die politische Haltung des Täters, insbesondere in der Zeit nach 1945, untersucht wird, da durch die Charakterisierung der Person das Strafmass entscheidend abhängt. Richtschnur für die gesamte Behandlung der festgenommenen Personen muss eine energische und zielbewusste Strafverfolgung der politisch bewussten Gegner unserer Entwicklung und eine grosszügige Haltung gegenüber den politisch unbewussten Tätern sein."

Die Entscheidung darüber, wer bewusst oder unbewusst seiner ablehnenden Auffassung Ausdruck gegeben hat, unterliegt natürlich der berichtigten Abteilung K 5. Die Gepflogenheiten dieser Stelle waren freilich lange vor der Wahl bekannt. Die Höhe der trotzdem abgegebenen Nein-Stimmen war der beste Beweis für die Stärke des Widerstandswillens und die Bereitschaft zur Übernahme schwerster Gefahren bei diesem besonders aktiven Teil der Bevölkerung in der Ostzone.

(m/1/207/hs)